



## Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im November 2012

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im November 2012 [1] Nach insgesamt solidem Wachstum im ersten Dreivierteljahr 2012 deutet sich für das Winterhalbjahr eine schwächere Entwicklung an. Die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen aus dem In- und Ausland lässt nach. Außenwirtschaftliche Impulse dürften in den kommenden Monaten ausbleiben. Die Industrieproduktion wird sich im Jahresschlussquartal abschwächen. Der Beschäftigungsstand ist hoch. Spürbare Zuwächse der Beschäftigung sind aber vorerst kaum zu erwarten. Nach der Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivität in den ersten drei Quartalen des Jahres 2012 zeichnet sich für das Winterhalbjahr vorübergehend eine schwächere Entwicklung ab. Hierzu tragen vornehmlich die Verunsicherung durch die Euroschuldenkrise sowie das rezessive Umfeld in der Eurozone bei. Dies zeigt sich unter anderem in den Stimmungsindikatoren. Diese haben sich sowohl in der gewerblichen als auch der Dienstleistungswirtschaft merklich eingetrübt. Zudem schwächt sich die Nachfrage in der Industrie ab. Die Auftragseingänge gingen dort im Berichtsmonat September kräftig um 3,3 % zurück [2] und fielen im dritten Quartal insgesamt um 2,3 % unter das Niveau des Vorquartals. Im Winterhalbjahr ist daher mit Investitionszurückhaltung und weniger außenwirtschaftlichen Impulsen zu rechnen. Auch verlor die Beschäftigungsentwicklung weiter an Schwung. Insgesamt ergibt sich damit eine merklich abgeschwächte wirtschaftliche Dynamik im Winterhalbjahr. Die Risiken sind nach wie vor beachtlich. Dennoch ist gegenwärtig nur von einer vorübergehenden Schwächephase auszugehen. Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte haben nach wie vor Substanz und sorgen für zunehmende Konsumausgaben. Zudem dürfte die Weltwirtschaft im Laufe des kommenden Jahres ihr derzeit zögerliches Wachstumstempo allmählich wieder etwas erhöhen und der deutschen Exportwirtschaft neue Chancen eröffnen. Auch wirkt die Geldpolitik weiterhin anregend. Im abgelaufenen dritten Quartal dürfte sich die Wirtschaftsleistung noch einmal leicht erhöht haben [3]. Nach der Ausweitung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um preis-, kalender- und saisonbereinigt 0,5 % im ersten und 0,3 % im zweiten Quartal dürfte sich die Expansion im dritten Vierteljahr den Indikatoren zufolge, wenn auch abgeschwächt, fortgesetzt haben. So ging die Industrieproduktion im Verlauf des dritten Quartals zurück, im September saisonbereinigt sogar deutlich um 2,3 %. Im Durchschnitt des dritten Quartals wurde sie gleichwohl um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal ausgeweitet. Dies war trotz der Rezession im Euroraum möglich, weil die deutsche Exportwirtschaft ihren Absatz außerhalb des gemeinsamen Währungsraums steigern konnte. Ihre hohe Wettbewerbsfähigkeit wurde zusätzlich durch den Rückgang des Eurokurses befördert. Hinzu trat eine recht robuste binnenwirtschaftliche Entwicklung. Die Zurückhaltung bei den Investitionen in Ausrüstungen und Bauten konnte durch stetig expandierende öffentliche und private Konsumausgaben weitgehend kompensiert werden. Zur positiven Entwicklung des privaten Konsums trugen der Aufbau der Beschäftigung sowie die ausgeprägt positive Lohn- und Einkommensentwicklung bei. Trotz jüngster positiver Signale erscheint die Belebung in wichtigen Volkswirtschaften wie etwa den Vereinigten Staaten und China noch keineswegs als gesichert. Insgesamt bleibt das außenwirtschaftliche Umfeld insbesondere im Euroraum schwierig. Die Ausfuhren an Waren nahmen im September um 2,5 % und die Importe um 1,6 % ab (in jeweiligen Preisen). Die ausländische Nachfrage nach deutschen industriellen Erzeugnissen, die im dritten Quartal um 1,9 % zurückging, schwächte sich auch außerhalb des Euroraums spürbar ab. Zudem weisen die rückläufigen Exporterwartungen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes auf eine Verlangsamung des Exportwachstums hin, sodass künftig mit geringeren außenwirtschaftlichen Impulsen zu rechnen ist. Dies wird sich negativ in der Industrieproduktion niederschlagen. Angesichts einer schwächeren Auslandsnachfrage dürfte auch die inländische Nachfrage nach Vorleistungs- und Investitionsgütern vorerst schwach bleiben. Demgegenüber dürfte sich die Erzeugung im Bauhauptgewerbe weiterhin stabil zeigen. Die Baunachfrage schwankt zwar von Monat zu Monat stark, ihre Grundtendenz scheint aber weiter aufwärts zu zeigen. Hierzu tragen die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen unter anderem in Form von niedrigen Bauzinsen und die gestiegene Präferenz für Anlagen in Immobilienvermögen bei. Die insgesamt schwächere Konjunktur macht sich zunehmend am Arbeitsmarkt bemerkbar. So hat sich der Beschäftigungsaufschwung spürbar verlangsamt. Saisonbereinigt war im September erstmals seit dem Herbst 2010 wieder ein leichter Rückgang der Erwerbstätigkeit im Inland um 8.000 Personen zu verzeichnen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ging im August saisonbereinigt ebenfalls leicht zurück, allerdings nach einem überraschend kräftigen Anstieg im Juli. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nimmt bereits seit dem Frühjahr leicht zu und erhöhte sich im Oktober saisonbereinigt um 20.000 Personen. Trotz des abnehmenden Beschäftigungswachstums dürften die privaten Konsumausgaben weiter zunehmen. Die Einkommen der abhängig Beschäftigten steigen weiter spürbar und unterstützen das nach wie vor freundliche Konsumklima in Deutschland. Auch die Preissteigerungen bleiben bislang in etwa in dem von der EZB vorgegebenen Zielbereich. Angesichts der sich abschwächenden Dynamik und der nach wie vor schwierigen konjunkturellen Situation in Europa hat in dieser Woche der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung weitere Reformanstrengungen - auf europäischer und auf nationaler Ebene - angemahnt. Er hat sich dabei für eine konsequente Haushaltskonsolidierung ausgesprochen. Hier hat die Bundesregierung ein klares Ziel formuliert. Mit Blick auf den deutschen Arbeitsmarkt warnt der Sachverständigenrat ausdrücklich davor, das Rad zurückzudrehen. Forderungen nach Mindestlöhnen sieht er als kontraproduktiv an. Darüber hinaus fordert er auf, die Energiewende marktwirtschaftlich zu gestalten und bezieht sich dabei vor allem auf die Förderung der erneuerbaren Energien. Die Bundesregierung wird für eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes bis März nächsten Jahres Vorschläge vorlegen. Unser Augenmerk muss jetzt darauf liegen, die Bürgerinnen und Bürger wie beschlossen zu entlasten, weitere Belastungen der Wirtschaft zu vermeiden und die Wachstumskräfte in ganz Europa zu stärken. [1] In diesem Bericht werden statistische Daten verwendet, die bis zum 8. November 2012 vorlagen. [2] Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Angaben. [3] Die Schnellmeldung zur Wirtschaftsleistung im dritten Quartal wird vom Statistischen Bundesamt am 15. November 2012 veröffentlicht. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) -br />Scharnhorststr. 34-37 />11019 Berlin -br />Deutschland -br />Telefon: +49 (0) 30-2014-9 -br />Telefax: +49 (0) 30-2014-7010 -br />Mail: buero-lp1@bmwi.bund.de -br />URL: <http://www.bmwi.de> -br /> -br /> -img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\_pinr\_=513430" width="1" height="1">

### Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

bmwi.de  
buero-lp1@bmwi.bund.de

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

bmwi.de

buero-lp1@bmwi.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden:  
Bundeskartellamt Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Bundesagentur für Außenwirtschaft Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung Physikalisch-Technische Bundesanstalt Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe